

### Antrag

Fraktion der SPD

Hannover, den 5. 10. 1984

Betr.: **BAföG-Zahlungen im August**

Der Landtag möge beschließen:

#### Entschließung

Die Landesregierung wird aufgefordert, dem Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Bundesausbildungsförderungsgesetzes der SPD-Bundestagsfraktion vom 16. 7. 1984 (Drs 10/1749) im Bundesrat ihre Zustimmung zu geben.

#### Begründung

Der Gesetzentwurf zur Änderung des BAföG soll eine akute Notlage beseitigen, die dadurch entstanden ist, daß die BAföG-Empfänger im Ferienmonat August keine Förderung erhielten. Betroffen sind zwar auch Schüler, die noch bei ihren Eltern wohnen oder auswärtig untergebracht sind. Besonders schwierig ist die Situation jedoch für Kollegiaten und Abendgymnasiasten — in der Regel junge Erwachsene mit eigenem Haushalt — darunter auch viele Frauen mit Kindern.

Die Herausnahme des Monats August aus der Förderung begründeten die Bundesregierung und CDU/CSU und FDP seinerzeit damit, daß die betroffenen Schüler im August arbeiten könnten, um so ihren Lebensunterhalt zu sichern. Aufgrund der allgemein schlechten Arbeitsplatzsituation war diese Chance jedoch außerordentlich gering. Die Betroffenen gerieten in soziale Notlagen, konnten ihre Miete nicht mehr bezahlen und versuchten, sich mit Sozialhilfe über Wasser zu halten. Auch diese Möglichkeit (zu Lasten der Kommunen) mußte jedoch teilweise auf dem Klagewege durchgesetzt werden. (Vgl. Urteil der 4. Kammer Lüneburg des Verwaltungsgerichts Stade vom 31. 7. 1984). In den meisten Fällen lehnten die Sozialämter die Zahlung von Sozialhilfe ab.

Bei ihrer Ablehnung des SPD-Vorschlages, auch die Niedersächsische Schülerförderung (NAföG) auf den Monat August auszuweiten, hat die CDU unter anderem auf den engen Zusammenhang der gesetzlichen Regelung des NAföG und des BAföG hingewiesen. Durch eine positive Haltung gegenüber dem BAföG-Änderungsgesetz der SPD-Bundestagsfraktion könnte ein positiver Beitrag zur gewünschten bundeseinheitlichen Schülerförderung geleistet und auch die im Prinzip von der Niedersächsischen Landesregierung anerkannte Ungerechtigkeit beseitigt werden.

B r u n s

Stellv. Fraktionsvorsitzender

(Ausgegeben am 22. 10. 1984)